

„Beim Bypass darf es keinen Kompromiss geben“

VOGELSTANG: Lothar Mark (MdB) berichtet beim Frühschoppen des SPD-Ortsvereins aus Berlin /

Offenes Ohr für Probleme vor Ort

Eine „erste Bilanz der Großen Koalition“ zog der Bundestagsabgeordnete Lothar Mark beim Frühschoppen des SPD-Ortsvereins in der Gaststätte „Hellas“ im Vogelstang-Center. Doch zunächst fragte der neue Vorsitzende des Ortsvereins, Michael Egner, nach dem aktuellen Stand des ICE-Bypasses. Er habe beim letzten ICE-Gipfel eine klare Stellungnahme von Ministerpräsident Günther Oettinger vermisst. Dazu erklärte Mark, der Ministerpräsident habe das Thema bewusst ausgeklammert zugunsten von Stuttgart 21 und der Strecke Stuttgart-Ulm. Mark befürchtet, dass Bahnchef Hartmut Mehdorn seine Idee, die Trasse an Mannheim vorbeizuführen, durchbringen will. „Da Mannheim ein bedeutender Lückenschluss im Hochgeschwindigkeitsnetz ist, darf es hier keinen Kompromiss geben“, betonte Mark.

Zu den kritischen Eingangsbemerkungen von Michael Egner zur Großen Koalition

und der Wahl von Dr. Angela Merkel zur Bundeskanzlerin, beziehungsweise zur „Merkelsteuer“, erklärte Mark: „Die Alternative für die SPD zur Großen Koalition wäre die Opposition gewesen, mit der sie jedoch nichts hätte bewegen können“. Die Verweigerung der Wahl von Merkel zur Kanzlerin wäre ein schlechter Start für die neue Regierung gewesen: „Das Hauptproblem ist gesellschaftspolitischer Art, da es immer weniger Kinder und immer mehr Ältere gibt“, sagte Mark.

Die Große Koalition sei bemüht, Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft zu finden, den Arbeitsmarkt, die Arbeitsplätze und Finanzen sowie die Angebote für Kinder und Jugendliche betreffend. Dies sei schwierig wegen der Struktur, dem Staatsaufbau von Kommunen, Ländern und Bund. So habe es lange gedauert, bis die CDU regierten Länder die vom Bund bereitgestellten 4 Millionen Euro für Ganztagesbetreuung verteilt hätten, in Baden-Württemberg noch dazu völlig falsch. Die Ganztagesbetreuung sei wichtig zum Erhalt der Arbeitsplätze. Zu den Finanzen erklärte Mark: „Bei 1,4 Billionen Euro Gesamtstaatsschulden und einer Zinsbelastung von 80 Milliarden Euro jährlich fehlen natürlich die Mittel für Investitionen“. Damit auch Kinder, Enkel und Urenkel den Staat noch gestalten könnten, sei beschlossen worden, die Neuverschuldung massiv abzusenken: „Das bedeutet, dass in viele Sektoren eingegriffen werden muss, von den Sparmaßnahmen sind alle betroffen“, so Mark.

Deshalb sei auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte auf 19 Prozent ab 2007 „zwangsläufig“, da das SPD-Konzept der Umschichtung nicht mit der CDU vereinbar gewesen sei. In der Außenpolitik müsse die Regierung aufpassen, dass das Außenverhältnis nicht gestört

werde durch die Bush-Administrative, die zur Sicherung von Bodenschätzen und Transportwegen auf Konfrontationskurs steuere. Auf die Kritik von SPD-Bezirksbeiratssprecher Gunter U. Heinrich zum Kongo-Einsatz der Bundeswehr erklärte Mark: „Die Bundesregierung ist nur bereit, Soldaten zur Durchführung der Wahl in den Kongo zu schicken“.

Der Bundestagsabgeordnete hatte auch „ein offenes Ohr“ für die Probleme vor Ort, zum Beispiel die Sorgen der älteren Menschen wegen der Ende 2007 auslaufenden Sonderfrist von zehn Jahren bei der Umwandlung von Miet- in Wohneigentum durch Kapitalanleger bei steigenden Energiepreisen, beziehungsweise die Lärmbelastung der Anwohner durch 50 Prozent mehr Lastkraftwagen auf der Umgehungsstraße als Folge der Maut-Umgehung. Zu dem von CDU-Bezirksbeiratssprecher Volker Kögel ins Gespräch gebrachten kleinen

ICE-Bypass erklärte Mark: „Der wird sowieso kommen. Dazu wird die Riedbahn in Richtung Ludwigshafen, Frankfurt aber nicht in Richtung Rheinau ausgebaut. Geachtet werden muss nur darauf, dass es keine Planung im Pfingstbergtunnel gibt“.

Bezirksbeirat Hans Pröbstel warnte vor einer Absenkung des Trassenniveaus in Höhe Wallstadt auf zehn Meter. Dadurch werde das Grundwasserreservoir betroffen. Auf die von Peter Lang (ASS 60 Plus) geäußerte Befürchtung, dass es durch Erhöhung der Mehrwertsteuer zu mehr Leerständen in den Städten kommen könnte, erwiderte Mark: „Zu befürchten ist, dass der diesjährige Aufschwung von 1,8 Prozent im nächsten Jahr zurückgehen wird.“ Dadurch komme es jedoch nicht zwangsweise zu einer Wirtschaftsrezession. Die Bundesrepublik sei Exportweltmeister und profitiere am meisten von der EU-Osterweiterung“

-ost-